



Für
Menschenrechte
gegen
Extremismus



DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V. НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



Blickpunkt Demokratie und Extremismus
Newsletter Osteuropa

Mai | 2009

Inhalt	Seite
Russland	
Alexandr Werchowski - Die Nazis werden von der Miliz nicht aufgehalten (Andrei Polunin)	2
Fragwürdiger antifaschistischer Gesetzesentwurf (Alexandr Werchowski)	3
Russisches Innenministerium richtet Fachstelle zur Bekämpfung des Extremismus ein	4
Hauptabteilung für Inneres: Immer mehr Schüler neigen zu Extremismus, die Lehrer schweigen	5
In der Hauptverwaltung für Innere Angelegenheiten wurde eine Liste von Personen angelegt, die sich mit extremistischer Tätigkeit befassen	6
Menschenrechtsaktivisten nehmen die Wahrscheinlichkeit von Pogromen in der RF ernst	7
Ukraine	
„Heil Hitler!“ auf Ukrainisch (Sergej Iltschenko)	7
In Kiew verbrennen die Nationalisten russische Bücher (Taras Janchotow, Alexander Buschew)	10
Chronik	11
Impressum	12

Andrej Polunin: Alexandr Werchowskij - Die Nazis werden von der Miliz nicht aufgehalten



Die Anzahl der nationalistischen und von Rassenhass motivierten Verbrechen steigt stetig um 15% pro Jahr

Am 20. April überfielen Unbekannte tadschikische und usbekische Gastarbeiter. Der Kampf fand auf einer Baustelle in der 2. Mosfilmowskij pereulok-Gasse Nummer 10 statt. Auf der Baustelle, wo 15 Einwanderer arbeiteten, tauchten auf einmal mehr als zwanzig Personen auf (anderen Angaben zufolge fünf), schlugen die Arbeiter zusammen und flohen. 12 Krankenwagen kamen den Verletzten zu Hilfe. Sieben der Bauarbeiter mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden, einer von ihnen mit Messerstichen. Wir erinnern, dass am 20. April die Nazis den Geburtstag von Adolf Hitler begehen – und zwar in der Regel, indem sie Angehörige anderer Nationen überfallen. Dennoch zieht die Miliz bei dem Kampf einen nationalistischen Hintergrund nicht in Betracht. Wie verhält es sich mit den extremistischen, nationalistischen Erscheinungen in Russland?

Der Korrespondent von „Swobodnaja Pressa“ ("Freie Presse") und Direktor des Analysezentrum „Sowa“, Alexandr Werchowskij:

- Alexandr, kann man am Geburtstag Adolf Hitlers tatsächlich ein Aufflammen von nationalsozialistischen Aktionen beobachten?

- *Nach unserer langjährigen Beobachtung nimmt um den 20. April herum die Anzahl der nationalistisch motivierten Überfälle zu, aber nicht sehr. Nicht alle nationalistischen Gruppen begehen Hitlers Geburtstag auf diese Weise. Auf der anderen Seite kann die Miliz die ihr bekannten Gruppen im Blickfeld behalten. Aber viele Überfälle – wahrscheinlich die meisten – werden von kleinen, vereinzelt Gruppen begangen, und es gibt keine Möglichkeit, sie alle zu kontrollieren.*

- Wie viele Menschen sind in solchen Gruppen organisiert?

- *Es ist schwer zu sagen, wie viele Menschen in Moskau in Gruppen organisiert sind, die mehr oder weniger systematisch Gewalt anwenden. Ich schätze, ein paar Hundert in der ganzen Stadt.*

- Kann man sagen, dass sich in der letzten Zeit die Situation mit dem Nationalismus verschärft hat?

- *Das Wort „Nationalismus“ ist hier nicht ganz angebracht. Das ist ein weitfassender Begriff, nicht alle Nationalisten gehen hin und schlagen irgendjemandem den Schädel ein. Wir haben gewaltbereite Gruppen, die, durch nationalistischen Rassenhass motiviert, systematisch Verbrechen begehen. Diese Gruppen stellen tatsächlich eine Bedrohung dar.*

- Hat sich die Situation in der letzten Zeit verschlimmert?

- *Ich kann nicht sagen, dass sich etwas verändert hätte. Die Zahl der nationalistischen Überfälle ist nach unseren Beobachtungen in den vergangenen fünf Jahren gleichmäßig angestiegen.*

- Und wie sieht das, statistisch gesehen, aus?

- *Es gibt keine offizielle Statistik über solche Überfälle. Es gibt einige Angaben und Daten, die wir sehr sorgfältig sammeln und auswählen. Nach unseren Angaben wurden im Jahr 2008 97 Morde begangen, bei denen wir davon ausgehen, dass sie von nationalistischem Hass motiviert waren. Die Anzahl der Menschen, die zusammengeschlagen wurden, beträgt einige Hundert, aber wir wissen sehr wenig darüber. Ich denke, dass wir auch nicht von allen Morden wissen, aber von den Verletzten auf jeden Fall nur von einem Bruchteil. Das ist eine Riesenwelle einer spezifischen Kriminalität, mit ihr kämpfen – oder sollten kämpfen – spezielle Sondereinheiten der Miliz, Zentren gegen Extremismus, die im Herbst 2008 gegründet wurden. Insgesamt ist die Arbeit der Miliz jetzt effektiver als zum Beispiel vor einem Jahr, und natürlich als vor fünf Jahren.*

- Das heißt, Sie gehen davon aus, dass es in Zukunft keinen starken Anstieg dieses Problems geben sollte?
- Was heißt „starker Anstieg“? Ich denke, dass das Problem sich weiterhin vergrößern wird. Seit einigen Jahren sehen wir, dass die Zahl der Opfer solcher Überfälle gleichmäßig um etwa 15% im Jahr zunimmt. Diese Gleichmäßigkeit ist ein wichtiger Indikator. Um diese Tendenz zu durchbrechen braucht man viel Kraft. Aber, auf der anderen Seite, erwarte ich auch keinen Anstieg der Opfer um, sagen wir mal, 30% im Jahr.

- Hat die Krise einen Einfluss auf die Häufigkeit solcher Überfälle?
- Ich denke nicht. Verstehen Sie, diese Überfälle werden von organisierten Gruppen begangen, die von einer bestimmten Motivation angetrieben werden, in der Regel von neonazistischen. Es sind ideell motivierte Leute, in der Regel junge Menschen. Auf sie wirkt sich die Krise im Prinzip nicht aus. Eine andere Sache sind Menschen, die sich sozial schlechtgestellt fühlen, die ihre Arbeit verloren haben. Sie können einen Groll gegen die Gastarbeiter entwickeln. Das kann sein. Schlimmer wäre es, wenn das ein Massenphänomen würde, in der Form von örtlichen Pogromen. Aber das ist bis jetzt zum Glück noch nicht vorgekommen.

- Wie verhält sich die Gesellschaft dazu, dass Tadschiken und nicht Russen zusammengeschlagen werden – schweigt sie dazu?

- Ich denke, dass die überwiegende Mehrheit diese Übergriffe an sich nicht billigt. Aber die Mehrheit mag die Einwanderer aus Mittelasien und dem Nordkaukasus nicht. Und diese allgemeine Ablehnung bildet die emotionale Basis für die, welche die Überfälle begehen. Sie sind der Meinung, dass sie lediglich konsequenter sind und die Stimmung der Mehrheit der Menschen im Land radikaler ausdrücken.

- Haben Sie den Eindruck, dass die Organe des Rechtsschutzes sich nur ungern mit solchen Angelegenheiten beschäftigen?

- Organe des Rechtsschutzes beschäftigen sich generell ungern mit den Dingen, die Schwierigkeiten bereiten. Das ist eine uralte Eigenschaft jeglicher Staatsbediensteter, darunter fallen auch die Angestellten im Bereich des Rechtsschutzes. Um dies zu bekämpfen, überlegt sich der Staat verschiedene Mechanismen, im Stile der Reform des Innenministeriums, die im Herbst durchgeführt wurde. Auf politischer Ebene ist ein Rechenschaftsbericht im Kampf mit einer solchen Art von Verbrechen vonnöten. Eine andere Sache ist die, dass die Instrumentarien nicht sehr gut entwickelt sind. Ob die Organe des Rechtsschutzes aktiv wirken oder nicht hängt in erster Linie von den individuellen Eigenschaften und der Einstellung der einzelnen Führungspersonen in Miliz und Staatsanwaltschaft ab. Man kann sagen, dass die heutige Moskauer Staatsanwaltschaft, und mittlerweile auch die Miliz, entschlossener ist und man kann sehen, dass in Moskau ganz aktiv solche Gruppierungen verfolgt werden. In anderen Regionen lässt sich das überhaupt nicht beobachten.

Quelle: <http://svpressa.ru/issue/news.php?id=7635> 26.04.2009

Alexandr Werchowskij: Fragwürdiger antifaschistischer Gesetzesentwurf

Auf der Internetseite [IA REGNUM](#) wurde der Entwurf des föderalen Gesetzes „Über den Widerstand gegen die Rehabilitierung des Faschismus, der Nazi-Verbrecher und ihrer Helfershelfer in den neuen unabhängigen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion“ veröffentlicht. Auf der Seite „Virtuelles Zentrum des russischen Auslands“ heißt es: „Die Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des entsprechenden Gesetzes wurde am 11. Dezember 2008 in einem Komitee der Staatsduma für Angelegenheiten der GUS und für Kontakte zu den Landsleuten unter der Führung von K. Satulinym gegründet. Sie setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: dem Direktor des Instituts der Diaspora und Integration K. Satulin, M. Demurin (Mitglied des Expertenrats innerhalb des Komitees des Föderalrats der Russischen Föderation für ausländische Angelegenheiten), A. Duljan (stellvertretender Direktor der Abteilung für historische Dokumentation des Außenministeriums der Russischen Föderation), M. Joffe (Direktor des Zentrums zur Rechtshilfe für Landsleute des Fonds „Moskau den Russen“), M. Kolerow (Vorsitzender der Union der gesellschaftlichen Vereinigungen „Freies Russland“), L. Scherschnew (Präsident des „Fonds der nationalen und internationalen Sicherheit“).

Der Gesetzesentwurf wird zurzeit diskutiert. Im Wesentlichen richtet sich der Entwurf gegen diejenigen Tätigkeiten anderer postsowjetischer Staaten oder einzelner Organisationen und Bürger dieser Staaten, die sich als eine Rehabilitierung des Nationalsozialismus verstehen lassen. Ohne auf die außenpolitische Herausforderung einzugehen, möchten wir nur diejenigen Neuerungen nennen, deren Einführung innerhalb Russlands vorgeschlagen wird.

In dem Gesetzesentwurf wird faktisch die „Rehabilitierung des Nationalsozialismus“ mit extremistischen Tätigkeiten gleichgesetzt. Es werden die gleichen Sanktionen für Organisationen, Massenmedien und Privatperso-

nen eingeführt. Die Betroffenen können auf Grundlage des Strafgesetzbuches und des Straftat-Kodexes zur Verantwortung gezogen werden. In den genannten Gesetzesgrundlagen wurden keine Veränderungen vorgenommen. Organisationen und Massenmedien können nach dem Gesetzesentwurf aufgrund von Tätigkeiten, in denen das Gericht eine Verbindung zur „Rehabilitierung des Nationalsozialismus“ sieht, sehr leicht verboten werden.

Für die innerrussische Anwendung des Gesetzes erweist sich also eine Definition des Terminus „Rehabilitierung des Nationalsozialismus“ als Schlüsselement. Diese lautet: "jedwede Aktivität von parteilichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen, die auf eine Überprüfung der Prozessergebnisse des internationalen Kriegstribunals in Nürnberg abzielen, ebenso wie alle anderen Tätigkeiten oder Unterlassungen, die auf die rechtliche Wiederherstellung des Heldentums oder die Wiederherstellung des Rufes der Nazi-Verbrecher, der Helfershelfer des Nationalsozialismus und ihrer Organisationen, sowie die Einführung von Vergünstigungen für dieselben und die Verleihung von staatlichen oder gesellschaftlichen Auszeichnungen zum Ziel haben (ebenso: Leugnung des Genozids und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit)."

Privatpersonen, nichtstaatliche Organisationen und Massenmedien aus dieser Aufzählung sind lediglich dazu fähig die Ergebnisse von Nürnberg in Frage zu stellen, die Nazis der Hitlerzeit und ihre „Helfershelfer“ zu verherrlichen oder in irgendeiner Form positiv zu beschreiben („Wiederherstellung des Rufes“). Gemäß des Gesetzesentwurfes können dem Genannten all diejenigen zugeschrieben werden, die in der Okkupationszone einigermaßen intensiv mit Nazi-Deutschland zusammengearbeitet haben.

Es steht außer Zweifel, dass das verbrecherische Handeln der Nationalsozialisten und ihrer Helfershelfer bei keiner historischen Erwägung, die diese Zeit betrifft, vergessen werden darf. Jedoch ist es unmöglich über diese Zeit zu urteilen, wenn man die attraktiven Aspekte der Nazi-Ideologie und ihrer Praktiken, die das Unternehmen Hitlers zu einem Erfolgsprojekt haben werden lassen, ignoriert. Hat dieser Gesetzesentwurf zu bedeuten, dass es verboten sein wird über das Heldentum oder sogar über die Professionalität der Soldaten der Wehrmacht zu schreiben? Zudem wird es gemäß der allgemeinen Ausrichtung des Gesetzesentwurfes sogar verboten sein über die Ziele, die die politischen Führer der UNA-UNSO (Ukrainische Nationalversammlung – Ukrainische Volksverteidigung) oder die Russische Befreiungsarmee hatten, zu diskutieren. Ganz zu schweigen von der estnischen „Waffen-SS“.

In dem Gesetzesentwurf wird erneut eine Einschränkung der Meinungsfreiheit vorgeschlagen, die durch einen antifaschistischen Pathos motiviert ist, jedoch in Wirklichkeit auch solche Äußerungen verbieten will, die nicht einmal in der aktuellen Gesetzgebung so eingestuft würden, als dass sie Hass auf die eine oder andere Gruppe von Menschen provozierten.

Quelle: <http://sova-center.ru/> 21.04.2009

Russisches Innenministerium (MWD) richtet Fachstelle zur Bekämpfung des Extremismus ein



Wie [BBC](#) meldet, ist laut Mitteilung des Leiters der neuen Abteilung Jurij Kokow auf dem Forum „Für zivile Eintracht, gegen Intoleranz und Extremismus“ in der Volkskammer, die Einrichtung der neuen Abteilung des russischen Innenministeriums (MWD) zur Extremismusbekämpfung (und ihren Unterabteilungen in allen Gebieten der Russischen Föderation) abgeschlossen.

In seinem Bericht über die Erfolge im Kampf gegen radikale Islamisten im Nordkaukasus und neonazistischen Jugendgruppen in Zentralrußland erwähnte Kokow auch die Mitwirkung bei der Unterbindung sozialer Proteste. „Möglicherweise verschlimmert sich die operative Lage angesichts der Entwicklung der globalen Krise und der Verschlechterung der sozial-ökonomischen Situation“, erklärte er und führte europäische Länder als Beispiel an, wo die Widerstände gegen die Krise zu Massenunruhen geführt haben. Nach Meinung der Rechtsschützer sind die von Wladimir Putin am Gesetz zur Bekämpfung des Extremismus vorgenommenen Korrekturen so weit gefasst, dass sowohl jegliche scharfe Kritik an der Obrigkeit als auch straffreie öffentliche Aktionen unter diesen Begriff fallen.

Nach den Prognosen des Finanzministeriums erwartet Russland im laufenden Jahr einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 6 %. Die Zahl der Arbeitslosen ist laut ILO im 1. Quartal 2009 im Vergleich zum vorherigen Quartal um 34,4 % auf 7,1 Mio. Personen gestiegen. Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen stieg um 43 % auf 2,177 Mio. Personen.

Die Umverteilung der Machtbefugnisse

Die neue Fachstelle wurde auf der Grundlage der bisherigen Abteilung des russischen Innenministeriums zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens gegründet. Entsprechend der Verordnung von Präsident Dmitrij Medwedew vom 6. September 2008 und der Regierungsverordnung vom 14. Februar 2009 wurde die Aufgabe zusammen mit einem Teil der Stellen der Kriminalbehörde übertragen. Der Rest der Einsatzkräfte wurde in den Personalbestand zweier neuer Unterabteilungen übernommen – der Abteilung für Extremismusbekämpfung und der Abteilung für Personenschutz, die dem Staatsschutz unterstehen.

Nach Angaben von Beobachtern verstärkte die offizielle Anbindung des Innenministeriums an die Bekämpfung des Extremismus die Ressortgebundenheit des MWD auf Kosten des Russischen Inlandsgeheimdienstes (FSB). Die Rechtsschützer haben auf die Gefahr hingewiesen, dass dies den Einsatz der typischen Polizeimethoden bei „Andersdenkenden“ verstärken werde.

Im Februar 2009 drückte Medwedew vor dem Kollegium des Innenministeriums seine Beunruhigung im Zusammenhang mit der Zunahme des Extremismus aus.

Wie Kokow mitteilte, wurden im 1. Quartal diesen Jahres in Russland 164 Straftaten im Zusammenhang mit nationalistischem und religiösem Hintergrund gemeldet, bei denen, laut Angaben von Vertretern der Zivilgesellschaft, die Miliz oftmals dazu neigte, diese als gewöhnlichen Hooliganismus einzustufen.

Quelle: <http://www.publicverdict.org/ru/articles/news/1230409.html> 23.04.09

Hauptabteilung für Inneres (GUWD): Immer mehr Schüler neigen zu Extremismus, die Lehrer schweigen



NTV

In Moskau gab es verstärkt Fälle von extremistischen Äußerungen bei Schülern. Das, so meldet Interfax, teilte Grigorij Krasnow, der stellvertretende Moskauer Polizeichef der GUWD, am Mittwoch auf einer Besprechung der Abteilung für Bildung in Moskau mit.

„Im Jahr 2006 begingen Schüler sechs extremistisch motivierte Straftaten, 2007 haben wir 20 Straftaten dieser Art festgehalten, aber 2008 waren es bereits 64“, so Krasnow. „Sie wurden hauptsächlich im Südwesten, Osten, Zentrum und Norden von Moskau begangen.“

Ein Vertreter der GUWD äußerte sich außerdem besorgt über das Zusammenwirken von Klassenleitern und Schulinspektoren bezüglich der Aufdeckung extremistischer Neigungen bei Schülern.

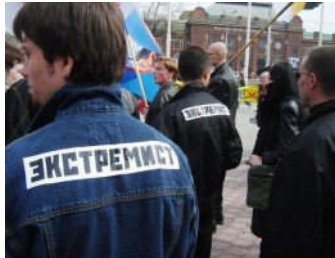
„Als wir nach den Eigenschaften der Schüler, die eine Straftat begangen hatten, fragten, stellten wir fest, dass die Klassenlehrer sie ausnahmslos als gewissenhafte, friedfertige und insgesamt als positive Persönlichkeiten beschrieben“, sagte Krasnow. „Das ist Gleichgültigkeit oder ein Verschweigen der Situation. Selbst die Inspektoren, die an den Schulen arbeiten, erkannten die extremistischen Äußerungen der Schüler nicht. Obwohl die jungen Leute ihre Ansichten nicht verbargen und auch entsprechend aussahen.“

Er hat außerdem eine steigende Zahl von Rechtsbrüchen unter Minderjährigen festgestellt. Nach seinen Angaben wurden in den ersten drei Monaten 2009 757 Minderjährige vorbeugend in der Abteilung für Jugendfragen des GUWD Moskau registriert, was über 200 Jugendliche mehr sind, als im Vorjahreszeitraum. Insgesamt befinden sich jetzt 6016 Beteiligte in den Akten der Miliz.

Das Problem der Jugendstraftaten ist eines der aktuellsten in Moskau, bemerkt die Bildungsabteilung der Hauptstadt. Nach Angaben der Miliz haben Kinder und Jugendliche im Jahr 2008 über 2000 Straftaten begangen. „Dennoch nehmen Rechtsverletzungen begangen durch Moskauer Schüler tendenziell ab“, - bemerkte eine Vertreterin der Abteilung. - "Der Statistik zufolge werden viele Straftaten von Kindern aus den nahe gelegenen Regionen begangen."

Quelle: http://www.newsmsk.com/article/22Apr2009/school_extrem.html 22.04.2009

In der Hauptverwaltung für Innere Angelegenheiten (GUWD) wurde eine Liste von Personen angelegt, die extremistisch tätig sind



Auf welcher Grundlage Bürger in die Listen der Extremisten aufgenommen werden und nach wessen Hinweisen die Mitarbeiter der Miliz Bürger einbestellen und befragen, ist bis jetzt nicht bekannt

Die Aktivistin der Partei "Jabloko" Elena Tokarewitsch wurde in einer Strafsache in die Miliz-Abteilung von Frunse bestellt. Nach Mitteilung des Pressedienstes der Petersburger Abteilung der Partei steht Tokarewitsch auf der Liste der regionalen Miliz von Bürgern, die sich extremistisch betätigen.

Vom Pressedienst der Partei "Jabloko" wurde mitgeteilt, dass sie bei der Miliz fotografiert und ihre Fingerabdrücke genommen werden sollten (laut Gesetz werden solche Maßnahmen nur in Fällen durchgeführt, in denen jemand verdächtigt wird, ein Verbrechen begangen zu haben).

In diesem Zusammenhang fordert "Jabloko" die Leitung der regionalen Miliz auf, mitzuteilen, wer "die Listen von Bürgern, die sich extremistisch betätigen" angelegt hat, auf welcher Grundlage ein Bürger in diese Listen eingetragen wird und nach wessen Hinweisen die Miliz jemanden einbestellt und befragt. "Jabloko" hat sich darüber hinaus mit der Forderung an die Staatsanwaltschaft von St. Petersburg gewandt, die gesetzlichen Regelungen für die Handlungen von Polizeimitarbeitern schnellstens zu überprüfen.

Wo waren Sie im April 1917?

Über einen komisch anmutenden Fall berichtet die Agentur für Politische Nachrichten Nord-West. Sie gibt an, dass ein Seniorenpaar, geboren: er 1905 und sie 1916, vor einigen Tagen in eine örtliche Milizstelle im Wyborger Rajon von Sankt Petersburg kamen und den Beamten mitteilten, dass sie eine Aufforderung erhalten hatten ihre Zugehörigkeit zu extremistischen Organisationen genauer darzulegen. Die verdutzten Milizionäre entschieden, dass ein Ehepaar in derart fortgeschrittenem Alter weder der Emo-Szene noch der Gothic-Szene und auch nicht der Nationalbolschewistischen Partei (auch Nazbol genannt) zugerechnet werden kann.

Die Fontanka.ru (Sankt Petersburger Online-Tageszeitung) bemerkt zudem, dass seit Anfang April auch Mitarbeiter der städtischen Massenmedien – von den stellvertretenden Direktoren bis zum Fotografen - in die Milizstellen geladen wurden. Grundlage dafür sind gewisse Listen geworden, in denen Journalisten als Mitglieder gesellschaftlicher Organisationen mit extremistischer oder nationalistischer Ausrichtung aufgeführt waren.

Wo halten sich die Extremisten auf?

Wir erinnern daran, wie schon die Gazeta.SPb.ru schrieb, dass Extremisten in Sankt Petersburg längst schon überall, wo es nur geht, auftauchen. So wurde auf eine Initiative der örtlichen Staatsanwaltschaft hin eine anonyme Erfassung von Schülern durchgeführt mit dem Ziel Bildungseinrichtungen herauszufiltern, an denen sich extremistisches Gedankengut angesiedelt hatte.

Die Ergebnisse wurden an die Verfassungsschutzorgane weitergeleitet zum Zwecke der Verwendung bei deren Tätigkeiten. Mit denen, die ihre negative Einstellung zu Fremden, nicht verbergen wollten und mit deren Familien wurden von den zuständigen Staatsanwälten persönliche Gespräche geführt.

Nach den Schulen wurden auch die Sportclubs untersucht. Als Anlass für die Untersuchungen diente eine Analyse aufgeklärter Verbrechen, die in hohem Maße von Jugendlichen begangen wurden, die sich zu inoffiziellen extremistischen Gruppierungen zählten und Sportclubs sowie Fitnesscenter besuchten. Auch diese Ergebnisse wurden an die staatschützenden Organe weitergeleitet.

Bei der Auswertung der Ergebnisse zeigte sich, dass alle extremistischen Übergriffe in Sankt Petersburg neonationalistisches Gedankengut zur Ursache haben und mehrheitlich von Mitgliedern nichtoffizieller jugendlicher Gruppierungen begangen werden.

Information: Nach Angaben von verfassungsschützenden Organen, sind in Russland zur Zeit etwa 150 Jugendgruppierungen mit extremistischer Ausrichtung aktiv, insgesamt über 10.000 Menschen, von diesen Gruppierungen stellen acht eine reale Bedrohung dar.

Solche extremistisch orientierten Gruppen zählen in ihren Reihen neben Fußballfanatikern auch gut durchorganisierte und strukturierte ultralinke Formierungen, ausgestattet mit „ideologischen Abteilungen, Informationsreferaten und Kampfeinheiten“.

Der Großteil der Gruppen besteht aus unter 30-jährigen Jugendlichen. Die meisten von ihnen wohnen in Moskau, Sankt Petersburg und den Regionen von Rostow, Woronesch, Samara, Murmansk und Nischegorod.

Quelle: <http://www.gazeta.spb.ru/148502-0/> 24.04.2009

Menschenrechtsaktivisten nehmen die Wahrscheinlichkeit von Pogromen in der Russischen Föderation ernst

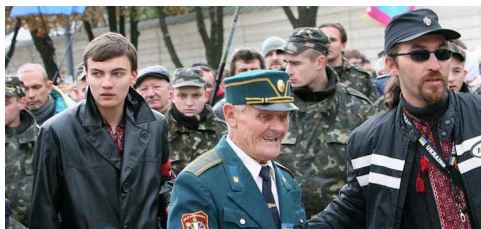


Am 28. April erschien auf dem Internetportal «Grani» ein Artikel der Koordinatorin des Menschenrechtszentrums «SOWA», Galina Koschewnikowa, mit dem Titel «Wie man ein Pogrom provoziert». Die Autorin konstatiert, dass die «Situation im heutigen Russland sehr, sehr schlecht ist». Koschewnikowa betont jedoch, dass einen bedeutenden Anteil an dieser Entwicklung die russischen Massenmedien haben, die über Zusammenstöße zwischen Moskauer «Skinheads» und «Gastarbeitern» berichteten. In ihrem neuen Artikel schreibt Koschewnikowa im Einzelnen: «Anfang April erschien auf einer der zahlreichen nazistischen Internetseiten ein kleiner Text, der den 5. Mai zum «Tag des Zorns» erklärte. Ob dieser Text selbst irgendeinen Einfluss hatte, ist nicht mehr relevant, da einige Tage später eine der beliebtesten Moskauer Zeitungen darüber in Wehklagen ausbrach, nach dem Motto: «Was für ein Unglück, was für ein Alptraum! Am 5. Mai werden die Skinheads morden!» Ich weiß nicht, wie populär die Naziseite vor der Bekanntmachung in der Zeitung war. Aber ich bin sicher, dass ihre Popularität seit Mitte April beträchtlich gewachsen ist. Nur einige Tage nach der Warnung vor Pogromen in den Massenmedien erscheint eine plakative Schlagzeile: «Tadschike sticht drei Skinheads ab!» Es versteht sich von selbst, dass sich die Nachricht verbreitet. Und ist es so schwer, sich vorzustellen, dass der Artikel über den «Migranten», der drei «Skinheads» absticht, einem öffentlichen Aufschrei im Sinne von «unsere werden verprügelt» gleichkommt – in Tagen, in denen ihre Waffenbrüder sich bereits auf den Überfall vorbereiten und vielleicht ihre Pläne koordinieren? Meiner Meinung nach ist es nicht schwer zu verstehen, dass das das Rezept für ein Pogrom ist!"

Quelle: <http://www.7kanal.com/news.php3?id=262012> 28.04.2009

Ukraine

Sergej Iltchenko: „Heil Hitler!“ auf Ukrainisch Wer finanziert wie und von wessen Geld den Faschismus in der Ukraine



Die ehemalige Mitarbeiterin des britischen Geheimdienstes Bridget Austin wurde zur Personalberaterin der Vorsitzenden des ukrainischen Sicherheitsdienstes Valentina Naliwajtschenko ernannt. Nach den Worten Naliwajtschenkos beschäftigt sich die englische Kollegin mit Fragen der bürgerlich-demokratischen Kontrolle über die Tätigkeit des SBU (Sicherheitsdienst der Ukraine).

Offensichtlich ist die Aufgabe der Kontrolle über den ukrainischen Sicherheitsdienst so wichtig, dass man sie nicht den einheimischen Rechtsschützern anvertrauen kann. Zu den allerersten Angelegenheiten, die unter die Aufsicht der englischen Spionin Bridget Austin fielen, gehört der Tod des 21-jährigen Nationalisten Maxim Tschajka.

Warum wurde Tschajka ermordet?

Der Student der Odessaer medizinischen Akademie galt als Aktivist der wenig bekannten Bewegung „Sitsch“. Ein Bursche aus einem abgelegenen Dorf, offenbar fremd in der berühmten südlichen Stadt, schien er zu versuchen seine bäuerliche Schüchternheit und die eigenen Probleme im Leben mit radikalem Hass gegen alle, die Russisch sprechen, zu kompensieren. Es gibt Aufnahmen, auf denen Maxim mit dem Nazigruß „Sieg Heil“ posiert. Er wurde während einer gewöhnlichen Prügelei auf der Straße mit ebensolchen jungen Radikalen wie er selbst erstochen - nur dass diese Antifaschisten waren. Die Odessaer Antifa behauptet, dass sie sich verteidigt habe. In jedem Falle steht fest, dass beide Seiten der nächtlichen Schlägerei sturzbetrunken waren.

Anfänglich bemühte sich die Miliz ganz folgerichtig das Gerichtsverfahren zu beschränken. Jedoch mischte sich dann Wiktor Juschtschenko selbst ein. Der ukrainische Präsident verlangte von Innenministerium und Sicherheitsdienst eine zusätzliche Untersuchung des „grausamen politisch motivierten Mordes an dem jungen ukrainischen Patrioten Tschajka“. Und siehe da: Schon auf dem ersten Briefing in Kiew verkündet die Pressesprecherin des SBU, Marina Ostapenko, dass in der Ukraine die Tätigkeit der prorussischen Partei „Rodina“ (Heimat) verboten werden könnte. Es geht darum, dass der Geheimdienst keinerlei reale Beweise in der Hand hat und gleich „Rodina“ beschuldigt den Sitsch-Aktivisten umgebracht zu haben. Jetzt untersucht das ukrainische Justizministerium die Frage, ob die Registrierung der Partei „Rodina“ aufgehoben werden kann und klärt deren Quellen der Finanzierung für das künftige Verbot der Partei.

„Es wird an zwei Versionen gearbeitet. Beteiligung der Parteiführung von „Rodina“ an der Vereinigung der „Antifa“, von der ein Mitglied den Mord ausgeführt hat und Mittäterschaft an der Organisation des Mordes selbst“, sagte Marina Ostapenko.

Die Existenz irgendwelcher anderen Versionen, vielleicht auch inoffiziellen Charakters, die den Hergang des Mordes erklären, erwähnte die Pressesprecherin des SBU mit keiner Silbe.

„Erst nach dem tragischen Ereignis in Odessa habe ich selbst und meine Parteigenossen, wie auch 99% der Odessaer Bürger, erfahren, was das ist, die „Antifa“, „Sitsch“ und wer Maxim Tschajka, - versichert seinerseits der Vorsitzende der Partei „Rodina“, der Odessaer Unternehmer Igor Markow. „Präsident Juschtschenko und die ukrainische Regierung stellten sich offen auf eine Seite und versuchten aus dem Nazi einen Helden zu machen.“ „Wenn das so ist, dann müssen wir zugeben, dass die Politik unseres Staates faschistisch ist“, sagte Markow im Äther des Fernsehkanals „Ukraina“. Jetzt erinnert sich das in Aufregung versetzte Odessa immer häufiger an Horst Wessel. Da gab es so einen jungen Burschen in Deutschland. Er wurde ebenfalls in einer Schlägerei auf der Straße erstochen. Es ging um eine Prostituierte. Danach verkündete Goebbels, dass ein junger Kampfgefährte des Führers ums Leben gekommen sei. „Horst Wessel“ wurde zum Helden eines Liedes der angreifenden Jagdbomber. Der Reichstag ging in Flammen auf, die deutsche Opposition wurde ausgeschaltet und Hitler ergriff die Macht.

Die Bewohner von Odessa gewähren dem Lwower Kriegsbefreier „Obdach“

Während den unglücklichen "Sitsch" Tschajka tatsächlich kaum jemand kannte, hat jeder in der Stadt am Meer von der Oppositionsgruppe „Rodina“ gehört. Anfangs hatten die Sicherheitsorgane Igor Markow einer aktiven Einsatzgruppe, die unter Beobachtung des SBU stand, zugeordnet. Sie rechtfertigten sich damit, dass sie dachten, sie seien Verbrecher. Der ukrainische Geheimdienst hatte noch niemals zuvor eine solche Kränkung erlebt. Dem Abgeordneten des Stadtsowjets von Odessa und Vorsitzendem der Partei „Rodina“ zufolge wurde die Absicht, das Denkmal des sowjetischen Kriegsbefreiers, das aus dem Regierungsbezirk Lwow weggebracht werden sollte, retten zu wollen, offiziell bekannt gegeben.

Das schöne Odessa applaudierte den Worten der Abgeordneten Swetlana Fabrikant, dass wenn Lwow das Denkmal abbaue, Odessa die Absicht habe es zu sich zu nehmen. Es zeigte sich, dass man genug hatte von dem offiziellen Hin und Her der Abgeordneten im Lwower Sowjet. Die temperamentvollen Südländer nahmen sich der Idee von ganzem Herzen an. Die Leute fragten: wohin soll man das Geld bringen? Am zweiten Tag kamen die Odessaer Lastwagenfahrer – die hartgesottensten „Brummi-Fahrer“ der südlichen Ukraine. Sie sagten, dass nichts weiter nötig sei, sie hätten große Lastwagen, „wir flitzen hin, stärken uns und dann liefern wir das Denkmal“.

Höchstwahrscheinlich werden sie das Monument, nachdem es von ihren Anhängern abgeladen wurde, an der Auffahrt nach Odessa aufstellen bei dem sogenannten „Gürtel des Ruhmes“, wo früher einmal die Verteidigungslinie der Heldenstadt verlief.

Wie kann ein solches Odessa mit ukrainischen Nationalisten umgehen? Die Gruppe „Rodina“ wird aufgelöst, aber warum interessiert es den SBU nicht, von wem und mit wessen Geld hier die jungen Nazis organisiert werden? Eine Antwort gibt es nicht.

SSler marschieren durch das Land

Kiew hat offiziell verboten, am 23. Februar den „Tag der Verteidiger des Vaterlands“ zu feiern, obwohl dieser auf der ganzen Krim begangen wird. Eine ganze Kompanie der ukrainischen Miliz war nötig, um ein Häufchen Anhänger der neonazistischen Partei „Swoboda“ ("Freiheit") vor den aufgebrachten Simferopolern zu retten. Diese Partei gewann die Wahlen zum Ternopoler Kreissowjet und versuchte am 23. Februar in der Hauptstadt der Krim, eine erste Präsentation des Buches über die SS-Division „Galizien“ zu veranstalten.

Genau dieselbe Provokation ist in Simferopol am diesjährigen „Tag des Sieges“ geplant. Sie wird organisiert vom Anführer der Krimer Abteilung der „Swoboda“, Eduard Leonow. Er hatte eiligst die russische Sprache vergessen und wurde Abgeordneter des galizischen Ternopol. Laut einer offiziellen Erklärung Leonows wurden bereits alle Materialien und Bücher über die ukrainischen SS-Leute auf die Halbinsel gebracht.

Im Unterschied zu Lwow wird die Leuchtreklame mit Symbolen der SS-Division „Galizien“ die russische Krim vermutlich in Stücke reißen. Viele sagen heute schon blutige Schlägereien mit durchreisenden süd-ukrainischen Kämpfern und eigenen Kollaborateuren, aufgezogen mit dem Geld aus geheimnisvollen „Spezialfonds“, voraus.

Nazis in Donezk

In letzter Zeit machen es sich im Zentrum von Simferopol bei einem Supermarkt mit dem charakteristischen Namen „Selpo“ Jugendliche in schwarzen Jacken und bestickten Hemden – der Uniform artigen Kleidung der ukrainischen Nazis – gemütlich.

„Der Faschismus wird nicht vorübergehen“ - unter dieser unglaublichen Losung wurde die Aprilsitzung des Donezker Kreissowjets abgehalten. Außer der offenen Angst vor einer süd-ukrainischen neonazistischen Bewegung, hat der Donbass schlussendlich auch die neu aufgetauchten Faschisten bei sich zu Hause bemerkt. Volksvertreter berichteten, dass „jeder Zaun in Donezk bunt ist mit nazistischen Symbolen und Aufschriften“. Profaschistische Jugendbewegungen nehmen es sich heraus, in den Straßen der Donbasser Hauptstadt Aktionen durchzuführen. Vorläufig sind sie nur wenige - vorläufig. Zuletzt hatte eine Kolonne der „Patrioten der Ukraine“ in Tarnanzügen einen Fackelumzug durch das Zentrum der Stadt veranstaltet und demonstrativ die Flagge der „Republik Donezk“ verbrannt.

Es wurde eine spezielle Abgeordneten-Kommission ins Leben gerufen, um der Frage nachzugehen, warum die Hitler-Anhänger sich so sicher in Donezk fühlen.

Jedoch, besinnt sich der Kreissowjet da nicht etwas spät? Die Universität von Donezk ist in der Hand von ukrainischen Nazis, wo sie aktiv vom Informationszentrum der NATO unterstützt werden. Bisher hat die „Regionalpartei“ Konzerte mit russischen Pop-Stars veranstaltet, neu aufgetauchte Anhänger haben Gorlowka und andere Städte des Donbass unter ihre Kontrolle gebracht.

Austin kennt ihr Geschäft

Das Ministerium für Erziehung der Ukraine hat das sogenannte „Konzept der nationalen Erziehung der studentischen Jugend“ herausgegeben. Auf die Worte „Nation“ und „national“ trifft man in diesem vierseitigen „Konzept“ mehr als dreißigmal. Als grundlegende methodische Literatur werden die Arbeiten der Begründer des ukrainischen Nationalismus Dmitrij Donzow und Mikola Sziborskij empfohlen.

Laut Donzow ist der Hauptfeind der Ukraine die „Moskauer Nation“. Den 125. Jahrestag der Geburt dieses Mannes feierte W. Juschtschenko auf staatlicher Ebene. „Der Faschismus – und ganz besonders der Nationalismus – ist die Liebe zu seiner Heimat und der Patriotismus der Gefühle“, - schrieb der Ideologe der OUN (=Organisation der ukrainischen Nationalisten) Sziborskij, der vollkommen selbstverständlich davon ausging, dass für den im Osten Geborenen der Faschismus „nationaler Instinkt, nationale Seele und nationales Bewusstsein“ sei.

Diese programmatischen Leitsätze des klassischen ukrainischen Faschismus wurden in dem ministerialen Konzept zur nationalen Erziehung der ukrainischen Studentenjugend 2009 wortwörtlich übernommen.

Junge Nationalisten der Saporoger Division der Partei „Swoboda“ wandten sich an den Präsidenten und den Generalstaatsanwalt der Ukraine mit der Aufforderung, das Hissen roter Flaggen am 9. Mai auf den Straßen zu verbieten. Der Kampf mit dem Kommunismus beginnt. Eine russischsprachige Stadt im Süd-Osten der Ukraine nach der anderen beschloss, den großen Feiertag unter dem Siegesbanner zu begehen. Nach den Saporoger Ereignissen entschieden die örtlichen Behörden, die roten Siegesbanner an allen staatlichen und kommunalen Einrichtungen in Nikolajew, Lugansk, Tschernigowtschina und in der "Heldenstadt" Kertsch anzubringen. Am traditionellen Fackelzug zum Ewigen Feuer auf dem Berg Mitridat in Kertsch nahmen mehr als 6000 Jugendliche und Studenten teil.

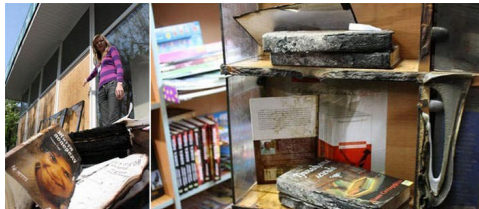
Währenddessen drohten ihre Altersgenossen, formiert in der Partei "Swoboda", der nationalistischen UNA-UNSO (Jugendliche aus der Ukrainischen Nationalversammlung UNA und deren paramilitärischem Arm, Ukrainische Nationale Selbstverteidigung UNSO) und der Bewegung Stepan Bandera (1909 bis 1959, Ideologe der

Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und einer der Initiatoren für die Gründung der Ukrainischen Aufstandarmee (UPA) „die roten Lappen herunterzureißen, sollten die Verfassungsorgane nichts dagegen unternehmen“. In der Nähe des Städtchens Slowjatin im Regierungsbezirk Ternopol und in anderen Jugendlagern der OUN-UPA wurden aktive Wehrsportübungen durchgeführt. Dann brechen die „Kampftruppen“ in Richtung östliche Regionen auf. In einer Druckerei in Lwow wurden 500 bis 1000 Porträts des „Jungen Helden der ukrainischen Nation Maxim Tschajka“ gedruckt, „der in Odessa von Moskalen ermordet wurde“ (Moskale ist eine abwertende Bezeichnung für russische oder russischsprachige Bürger; das Wort setzt sich zusammen aus den Begriffen „Moskowiter“ und „Vasall“). Diese Porträts werden gemeinsam mit der Werbung für die SS-Division "Galizien" in dem PR-Projekt „Schätze der Nation“ aufgestellt.

... Die südliche Steppe kann sich jede Minute entzünden, die Fackelträger auf beiden Seiten marschieren. So ist auch die unbeschreibliche Britin Bridget Austin nicht ohne Grund ukrainisches Brot, sie kennt ihr Geschäft.

Quelle: <http://www.svpressa.ru/issue/news.php?id=8140#> 01.05.2009

Taras Janchotow, Alexander Buschew: In Kiew verbrennen die Nationalisten russische Bücher



Anschläge mit Molotow-Cocktails auf zwei russischsprachige Buchläden

In dem ersten abgebrannten Buchladen hat eine Gruppe Unbekannter an das Schaufenster das Wort „Blutsauger“ geschmiert, danach mit einem Feuerlöscher die Scheibe eingeschlagen und eine Flasche mit einem Brenngemisch hineingeworfen.

„Es gibt die unterschiedlichsten Spekulationen darüber, wer das getan haben könnte“, sagt der Besitzer der Buchhandelskette, Konstantin Klimaschenko, gegenüber der „Swobodnaja Pressa“. „Bei dem Anschlag auf einen weiteren Buchladen wurde an die Ladenwände, an denen Fotografien berühmter Schriftsteller hingen, darunter auch ukrainische, geschmiert, wir würden den Ausverkauf der Ukraine betreiben... Kurz vor dem Anschlag erhielten wir Drohbriefe, dass wir russischsprachige und antiukrainische Literatur vertreiben würden, z.B. Bücher von Oles Busina. Deshalb sehe ich diesen Anschlag in direktem Zusammenhang mit den vorangegangenen Drohungen und ich glaube, es war nicht die letzte Provokation seitens der Nationalisten. Ironie des Schicksals - die Pogromisten zerstörten in erster Linie den Bereich, in dem sich vorrangig ukrainisch-sprachige Bücher befanden“, berichtet Klimaschenko.

Bisher hatte es niemand besonders eilig, diesen Anschlag als terroristischen Akt einzustufen, obwohl es scheinbar zahlreiche Anzeichen dafür gibt.

Nicht minder niedergeschlagen antworten die Mitarbeiter des Ladens auf die Fragen der Journalisten.

„Wir haben dem nicht viel Bedeutung beigemessen, dass zwei Wochen vorher Unbekannte die Schaufenster mit grüner Farbe beschmierten. Danach erhielten wir einen Zettel mit der Aufforderung, künftig keinerlei russischsprachige Literatur mehr zu vertreiben“, erzählt die Geschäftsführerin des Buchladens, der komplett abbrannte, Tatjana Nikolajenko.

Für diese Barbaren, so Nikolajenko weiter, die die russischsprachige Literatur derart verabscheuten, war es kein Geheimnis, dass sie 60 Prozent des Gesamtbestands ausmachten.

„Hinzu kommt“, so betont die Geschäftsführerin, „dass die ukrainische Gesetzgebung, im Unterschied zu den Regelungen für das Fernsehen, nicht vorschreibt, russischsprachige Bücher auch in der Nationalsprache zu veröffentlichen. Diese Unmenschen sollten wissen, dass die Mehrheit der ukrainischen Verlage ihre Bücher ohnehin sowohl in russischer als auch ukrainischer Sprache herausgibt, damit die Leserschaft die Wahl hat, und uns kann niemand den Vorwurf machen, wir würden nur Bücher in russischer Sprache verkaufen.“

Für Konstantin Klimaschenko steht die Bücherverbrennung im nationalsozialistischen Deutschland von 1939 in einer Reihe mit der Verbrennung russischsprachiger Bücher in Ternopol im Jahr 2009, dort, wo die ultranationalistischen Kräfte unter der Führung Oleg Tjagniboks gewonnen haben, und nun ist Kiew ein weiteres Glied in der Kette.

„Leider ist mir bis jetzt nicht bekannt, dass unsere heldenhafte Miliz wenigstens eine Strafsache wegen Brandstiftung eröffnet hätte. Ich sage nicht einmal, dass der Sicherheitsdienst die Pflicht hat, den Fall zu untersuchen

- wenn jedoch unsere Alarmanlage nicht angesprungen wäre, wären unschuldige Hausbewohner verbrannt“, sagt Klimaschenko. Er erinnert daran, dass sich auf dem geheimnisvollen Brief, der mit Drohungen an die Adresse des Buchladens gerichtet war, Symbole einer nationalistischen Organisation befanden. Vielleicht haben deshalb die Verkäufer die Drohungen nicht ernst genommen, sagt er, sollen die Nazis ihren Spaß haben, im Land herrschen doch Gesetz und Ordnung!

„Nach diesem Akt des Vandalismus haben wir bei der Organisation "Trisub" angerufen. Die Organisation hat die Tat geleugnet, obwohl sie in ihren Pressekommentaren sagt, dass sie zwar nicht selbst verantwortlich sei, aber diejenigen unterstützte, die es getan haben“, resümiert Klimaschenko.

Sie bezweifeln, dass die ukrainische Regierung an einer rechtmäßigen Untersuchung der Sache interessiert sei, da sich in 20 Meter Entfernung von den Schaufenstervitrinen... die Abteilung der Staatlichen Sicherheitsorgane der Ukraine befindet.

„Haben Ihre Mitarbeiter wirklich nichts gesehen?“, fragte der Korrespondent der "Swobodnaja Pressa" einen aus dem Gebäude herauskommenden Mitarbeiter der Miliz mit der Litze "Wachdienst".

„Und was hätten wir sehen sollen?“, sagte der und verschwand auf dem Parkplatz der Behörde.

Tatsächlich ist es schwierig, in der Nacht den Lärm berstenden Glases zu hören und Flammen, die aus dem Fenster schlagen, zu sehen.

„Das ist der Beginn eines spontanen Protestes der Leute gegen die antiukrainische soziale und nationale Politik der Regierung“, sagte der Anführer der nationalistischen Gruppierung "Swoboda", Oleg Tjagnibok.

„Die Situation radikalisiert sich von allein. Es ist eine neue Generation von Nationalisten herangewachsen, die enttäuscht ist von den Ergebnissen der "Orangenen Revolution" und der bürgerlichen Demokratie im Allgemeinen. Sie kann in das heutige System der Bestechung nicht einbezogen werden, da dafür bei den politisch Verantwortlichen einfach kein Geld vorhanden ist“, erklärte aus diesem Anlass der Politikwissenschaftler Wadim Karasew.

Fremder Bulba

Genau einen Tag vor dem Zwischenfall mit der Brandstiftung in den Buchläden wandte sich das Zentrum für nationale Wiedergeburt "Bandera" mit einem Offenen Brief an den Kultusminister der Ukraine. Der im ukrainischen Verleih herausgekommene Film "Taras Bulba" von Wladimir Bortko hat die ukrainischen Nationalisten aufgebracht. Sie nannten ihn "Moskauer Propaganda".

Sie haben den Minister kategorisch aufgefordert zu antworten: "Wie lange noch werden sich Ausländer erlauben, die ukrainische Geschichte frei nach dem Willen fremder Politiker oder der Fernsehsender zu deuten? Und wie lange werden in den ukrainischen Medien solche leuchtenden Beispiele der Entstellung unserer Geschichte und klassischen Literatur erscheinen?"

Quelle: <http://www.svpressa.ru/issue/news.php?id=7982> 27.04.2009

Chronik

Wegen Verdachts des rassistisch motivierten Mordes in U-Haft Sitzender begeht Selbstmord

Ende März 2009 nahmen die Sicherheitsorgane in Moskau einen der Aktivisten der Ultrarechten, Maksim Basyljow (Pseudonym Maksim Romanow, Spitzname «Adolf»), fest. Dieser war verdächtigt worden, einen rassistisch motivierten Mord begangen zu haben. Nach einigen Tagen in Untersuchungshaft schnitt er sich die Venen auf und verblutete.

Maksim Basyljow war Chefredakteur der neonazistischen Zeitschrift «Russischer Wille» und war in der National-Sozialistischen Gesellschaft aktiv gewesen (bis zu deren [Zerfall 2007](#) saß er im politischen Rat der Gesellschaft). Basyljow war bereits früher nach Artikel 111 (schwere Körperverletzung) und Artikel 213 (Randale) für Taten aus dem Jahr 2000 verurteilt worden.

Nach Mitteilungen der Ultrarechten war Basyljow am Montag den 20. März festgenommen worden. Ihm sei die Anklage, acht Morde (in offiziellen Stellungnahmen der Behörden wird keine genaue Zahl der Straftaten genannt) begangen zu haben, vorgelegt worden. Nachdem das Gericht in der Nacht vom 24. auf den 25. März den Arrest des Neonazis verfügt hatte, schnitt sich dieser in der Isolationshaft die Pulsadern auf.

Quelle: <http://sova-center.ru/> 01.04.2009

<http://www.rian.ru/incidents/20090327/166163148.html>

Wiktor Tschernenko: In der Birobidschaner „Hakenkreuzsache“ gibt es zwei neue Verdächtige

Gegen die Urheber der skandalträchtigen Zeichnungen und Aufschriften, die an Hauswänden in Birobidschan aufgetaucht sind, sind zwei Strafverfahren eingeleitet worden. Das berichtete die Zeitung „Birobidschanskaja Zwjesda“. Nach Informationen der Presseagentur des UFSB („Verwaltung des Föderalen Sicherheitsdienstes“) über die „Jüdische Autonome Region“ (EAO) tauchten Anfang 2009 auf Wohnhäusern und an anderen vielbesuchten Orten der Zentren dieser Region Symbole und Parolen auf, die Hass zwischen verschiedenen Nationalitäten schüren sollten. Diese "Graffitis" wurden komplexen kulturologischen und linguistischen Untersuchungen unterzogen. Letztlich haben diese zur Feststellung geführt, dass es sich bei den Darstellungen um öffentliche Aufrufe zu extremistischen Tätigkeiten handelt. Die Ermittlungen führten zu zwei mutmaßlichen Tätern – einem Bewohner der EAO und einem der Region Amurskaja. Zurzeit finden noch Ermittlungen statt, die Bilder sowie Aufschriften wurden beseitigt. Den „Künstlern“ drohen Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren.

Quelle: pda.tatar-inform.ru 17.04.2009

Bibliothekar in Tschernowez wegen Verbreitung eines extremistischen Films verurteilt

Am 23. April 2009 eröffnete das städtische Gericht Tschernowez Anklage gegen die frühere Bibliothekarin der Bibliothek "Tscherepowetzkij Archirejskij Woskresenskij", N. A. Juganowa. Diese wurde beschuldigt, gegen Teil 1, Artikel 282 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation verstoßen zu haben (Hetze, öffentliche Verletzung der Würde von Personen wegen ihrer Nationalität oder Religionszugehörigkeit).

Nachforschungen hatten ergeben, dass Juganowa den Film « Russland mit dem Messer im Rücken. Jüdischer Faschismus und der Genozid des russischen Volkes » in einem der öffentlich zugänglichen Bücherregale ausgestellt hatte und ihn den Besuchern der Bibliothek zur Ansicht empfahl. Das Gericht verurteilte Natalija Juganowa zu sechs Monaten Besserungsarbeit. Davon sollen 10% zugunsten des Staates geleistet werden.

Quelle: <http://sova-center.ru/> 24.04.2009

Impressum

Zusammenstellung: Ewgenija Hartleben

Übersetzung: Liv Drinnenberg, Sabine Erdmann-Kutnevic, Astrid Hager, Katharina Homenko, Anne Kauer, Susanne Klinzing, Holger Löbell, Patricia Montag, Anja Schmidt

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Mühlenstr.47

13187 Berlin

Telefon: 030 / 912079-3

Telefax: 030 / 912079-45

E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de

Internet: www.zentrum-demokratische-kultur.de

gemeinsam mit

Deutsch-Russischer Austausch e. V.

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80-0

Telefax: 030 / 44 66 80-10

E-Mail: info@austausch.org

Internet: www.austausch.org